



BREMEN

LANDESJOURNAL

LANDESVORSTAND

Vertrauen missbraucht, oder:

Eher legt ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass Politiker Rücklagen bilden

Am 30. März 1999 beschloss die Bürgerschaft das Gesetz über eine Versorgungsrücklage des Landes Bremen (BremVersRückIG). Grundlage dieses Gesetzes war der § 14a des Bundesbesoldungsgesetzes, der die Länder zum damaligen Zeitpunkt verpflichtete, Versorgungsrücklagen zu bilden. Zweck des Gesetzes war die Sicherung der Versorgungsaufwendungen in der Zukunft. Denn schon zum damaligen Zeitpunkt war bekannt, dass im neuen Jahrtausend hohe Versorgungslasten auf den Staat zukommen.

Schuld daran waren nicht die Bediensteten. Verantwortung trugen die Politiker in den 60er und 70er Jahren. Die Gründe lagen auf der Hand, auf der einen Seite versuchten gerade auch die Bremer Politiker unter Hans Koschnick in den 70er Jahren mit der Einstellungspolitik die steigende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und auf der anderen Seite wurde auf „Teufel komm raus“ verbeamtet, um die Sozialabgaben einzusparen.

Aufgebaut wurde die Versorgungsrücklage durch eine verminderte Anpassung der Besoldung und Versorgung um jeweils 0,2% gegenüber der Tarifierhöhung. Seit 1999 hat diese Verminderung dreimal stattgefunden. Die Gesamtminde rung beträgt demnach 0,6%. Weiteres Ziel zur Entlastung der öffentlichen Haushalte war eine Absenkung des Besoldungs- und Versorgungsniveaus um insgesamt 3%.

Mit dem Versorgungsänderungsgesetz (Bundesgesetz) von 2001 wurde eine Kürzung der Versorgung ab dem 1. Januar 2003 in acht Jahresschritten beschlossen. Für diesen Zeitraum wurde die verminderte Anpassung ausgesetzt. Die Minderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung sollte nach Umsetzung des Kürzungskonzeptes wieder einsetzen und zwar bis zum 31. Dezember 2017. Um dennoch weiter eine Versorgungsrücklage aufbauen zu können, floss die Hälfte der durch das Versorgungsänderungsgesetz eingesparten Mittel weiter der Versorgungsrücklage zu.

Erst ab 2017 sollte es möglich sein, Mittel aus der Rücklage zu entnehmen, um Versorgungsspitzen abzufachen und die Pensionskosten zu vermindern.

Kapitalerträge werden zweckentfremdet

Mit Stand vom 7. Dezember 2010 betrug der Kapitalstock der Versorgungsrücklage 72 336 000 Euro. Die durchschnittliche

Rendite betrug für das Jahr 2010 4,18% und war damit deutlich über dem Zinssatz, den das Land Bremen für Kredite aufwenden muss. Diese Erträge werden seit Jahren nicht dem Kapitalstock zugeführt, sondern den maroden Haushalten von Bremen und Bremerhaven zur Verfügung gestellt.

Durch eine gesetzliche Änderung wird eine Entnahme der Mittel aus der Versorgungsrücklage über die jährliche Rendite hinaus schon vor 2017 möglich. Die Senatorin für Finanzen machte dazu geltend, dass die Versorgungsspitzen schon jetzt erreicht seien.

Darüber hinaus plant die Regierung mit ihrer Gesetzesveränderung, die derzeit jährliche Kapitalzuführung in die Versorgungsrücklage einzustellen.

In der Vergangenheit war es so, dass die Anlage des Vermögens unter Beteiligung der Spitzenorganisationen überwacht wurde. Das ergab sich aus § 11 des BremVersRückIG. In diesem Beirat waren damit der DGB, der DBB und der Verein bremsischer Richter und Staatsanwälte vertreten. Das wird in Zukunft von einem parlamentarischen Ausschuss übernommen. Zusammenfassend wird es also folgende Veränderungen geben:

- 1. ab 2011 erfolgt keine Kapitalzuführung mehr aus den Bremer Haushalten,**
- 2. die Rückführung der Kapitalerträge an die Haushalte wird beibehalten,**
- 3. mit einer wesentlichen Ausweitung des Kapitalstocks ist nicht mehr zu rechnen,**
- 4. die Anlage des Vermögens wird nicht mehr durch einen Beirat mit Beteiligung der Spitzenorganisationen überwacht,**
- 5. dafür wird diese Aufgabe künftig ein parlamentarischer Ausschuss übernehmen.**

Handstreichartig haben Karoline Linnert, der Senat und schließlich die Bürgerschaft dafür gesorgt, dass der Staat volles Zugriffsrecht auf die Einlagen erhält. Er kann nur deshalb nicht sofort über alle Gel-

der verfügen, weil er die Anlagezeiten berücksichtigen muss. Bremer Politiker sind damit nun den Weg gegangen, den andere Bundesländer bereits vorzeichneten, wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen. Es besteht nun die hohe Wahrscheinlichkeit, dass wie in der Vergangenheit Pensionsrücklagen wieder einmal „verfrühstückt“ werden sollen. Im Anschluss wird dann kräftig gejammert, dass es hohe sogenannte Pensionslasten gibt und den Beamtinnen und Beamten die Schuld dafür in die Schuhe geschoben.

Rückfall in die Steinzeit der Klagen über Beamte

Es wird kein Zufall gewesen sein, dass nur wenige Wochen vor dieser Gesetzesänderung im Weser-Kurier der Versicherungslobbyist Raffelhüschen gemeinsam mit dem Steuerzahlerbund auf die Beamtenschaft eindrosch. Raffelhüschen vertrat dabei die Auffassung, dass die Pensionen drastisch gesenkt werden müssten. Das Haus der Senatorin für Finanzen äußerte in demselben Artikel Sympathie für die Ansichten des Versicherungsvertreters. Der im Übrigen ein handfestes Interesse an einer Kürzung der Pensionen hat, um damit der Versicherungswirtschaft neue „Zwangskunden“ zuzutreiben.

Die „Treibjagd“ auf Beamte, wie der DGB in einer Pressemeldung schrieb, wurde bereits im Juli eröffnet, als in einem Artikel des Weser-Kuriers Karoline Linnert den Eindruck erweckte, als würden die Fachkräfte im öffentlichen Dienst zu hoch bezahlt. Es zieht sich seither wieder einmal wie ein roter Faden durch die Veröffentlichungen in der Presse. Die alten unreflektierten Vorurteile vom überbezahlten, überversorgten und privilegierten Beamten.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Dass die Beamtenschaft bereits mehrfach durch Gehaltsverzicht zur Haushaltsanierung und zu ihrer Versorgung beitrug, davon ist keine Rede.

Die Vorgehensweise des Senats und der Bürgerschaft, sich unter Ausschaltung der Interessenvertretungen Zugriff auf die Versorgungsrücklagen zu verschaffen, ist nach unserer Auffassung ein Vertrauensbruch, der nicht leicht gutzumachen ist. Die Gewerkschaften haben in der Vergangenheit zur Genüge bewiesen, dass sie verantwortungsvoll und vertrauenswürdig mit der Politik zusammenarbeiten. Das so kalt-schnäuzig wieder zu gefährden, zeugt nicht von Weitblick. Wer mag mit einem Vertragspartner Gespräche führen, der derart unzuverlässig ist. Das lässt für die Tarifverhandlungen mit Herrn Möllring und Frau Linnert auf der Arbeitgeberseite nichts Gutes ahnen.

Horst Göbel,
Landesvorsitzender

TERMIN

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe 2011, Landesjournal Bremen, ist der 7. Februar 2011.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:

Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:

Wolfgang Ahlers (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hildren
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

Offener Brief von Michael Hellberg, Bereitschaftspolizei

Herrn Polizeipräsident, Polizeivizepräsident, Direktionsleitungen, Personalrat GdP Bremen – Vorstand Landesbezirk

Sicherheit oder Dienstfrei?

Wird das in Kürze die Frage sein, die sich die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei stellen müssen?

Auf der Personalversammlung am 9. Dezember bestätigte der Polizeipräsident die

- Reduzierung der Sollstärke der BFE (immerhin mit der Zusage IST = SOLL),
- Umorganisation der TEE auf einen Zug mit geringerer Sollstärke und verändertem Aufgabenspektrum („Einsatzzug mit technischem Gerät“),

- Reduzierung der Sollstärke der Einsatzzüge.

Weiter werden die Einsatzzüge aufgrund der Nachsteuerung von Personal in den ESD bis zum Sommer weit unter die Sollstärke gehen, obwohl diese zum Erreichen der festgelegten Einsatzstärke notwendig wäre. Ein Absenken der Einsatzstärken wäre zwangsläufig, wenn die Belastung der Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei nicht weiter wachsen soll.

Rückbau der Kräfte für die Sonderlage

Die Forderung nach Aufstockung der AHu-Kräfte, so wie es die Reform für die Sonderlage vorgesehen hatte, wird nicht erfüllt und könnte sich sogar ins Gegenteil ver-

LANDESVORSTAND

Der Landesbezirk begrüßt sein 3000. Mitglied



Wir freuen uns, dass wir den Kollegen Kevin Köhler (Studienjahrgang 2009 an der HfÖV) Ende des Jahres 2010 als 3000. Mitglied der GdP im Landesbezirk Bremen begrüßen konnten. Stellvertretend für den GLV überreichte ihm Reiner Wöbken ein kleines „Willkommenspräsent“ in der Geschäftsstelle.



FACHGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI

kehren: Die AHU-Kräfte sollen möglicherweise reduziert und als Ausgleich soll die Landesreserve (Bereitschaftspolizei) in das Einsatzgeschehen einbezogen werden, die einzige „Rückfallebene“, die noch Entlastung für die Kräfte der Bereitschaftspolizei bringen könnte ...

Mit diesen Entscheidungen fehlt insgesamt dann etwa ein Drittel der bei Beginn der Reform für die Bewältigung der Sonderlage vorgesehenen Kräfte – bei deutlich gestiegenem Einsatzaufkommen und immer höherem Kräftebedarf. Verlässliche und planbare Freizeit – ganz zu schweigen von einer angemessenen Anzahl dienstfreier Wochenenden –, könnte für die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei zur Mangelware werden, die Chancen auf Einhaltung der Dienstpläne und Regelwerke schwinden!

Belastungssituation nicht akzeptabel

Veränderungen, die die Belastungssituation bei den Einsatzzügen verschlechtern, sind nicht akzeptabel; der Probelauf zum Dienstplan hätte bei sich so ändernden Rahmenbedingungen auch keine Aussagekraft mehr!

Es ist schon mehr als enttäuschend, wie das Ergebnis der Prüfung von Entlastungsmöglichkeiten für die Einsatzzüge ausgefallen ist. Jetzt drohen aber sogar noch zusätzliche Belastungen und der Wegfall einer letzten Reserve für die Einsatzzüge selbst!

Die Kolleginnen und Kollegen erwarten verbindliche Zusagen aller Verantwortlichen, dass Dienstpläne und Regelwerke eingehalten werden, so wie sie mit ihnen entwickelt und erprobt und von Direktionsleitung und Polizeiführung bisher mitgetragen wurden!

„Sicherheit oder Dienstfrei?“ darf nicht zur Gewissensfrage für die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei werden! Eine ausreichende Personalausstattung für die Sonderlage ist ein MUSS – damit aus Belastung keine Überlastung wird!

Beispiel Castor-Einsatz

Wie es sonst aussehen kann, haben Berichte vom letzten Castor-Einsatz vor Augen geführt: mehr als 30 Stunden in der Kälte im Einsatz, ohne Ver- oder Entsorgung, mit kompletter Schutzausstattung und ohne Rückzugsmöglichkeit – nicht einmal für eine kurze Pause –, dazwischen wenig Ruhezeit und noch weniger Schlaf in einer Kaserne mit Mehrbettzimmern. Fragen, ob Kolleginnen oder Kollegen „psychisch oder physisch nicht mehr in der Lage sind, einen solchen Einsatz fortzuführen“, müssen da gar nicht mehr gestellt werden. Hier sind Einheits- und Polizeiführer im Rahmen der Fürsorgepflicht gefordert, ein Verschieben dieser Verantwortung auf die/den Einzelne(n) darf nicht stattfinden. Derart strapa-

zierte Einheiten müssen wenigstens für die Mindestruhezeit ganz aus dem Einsatz genommen werden.

Bei allem Verständnis auch für den Protest der Bevölkerung: Einsatzkonzepte, die so etwas erforderlich machen, sind abzulehnen! Sonst wird in Kauf genommen, dass Kolleginnen und Kollegen gesundheitlich Schaden nehmen oder zwangsläufig durch körperliche Beeinträchtigungen mittelbar hohe Gefahren entstehen (Unfälle oder Überreaktionen durch Übermüdung usw.).

So kann man nicht, nein so darf man nicht arbeiten lassen! Der Hinweis auf übermäßigen Arbeitsanfall und die vorsorgliche Anordnung von Überstunden rechtfertigen keine völlig überzogenen Einsatzzeiten und den Verzicht auf ein Mindestmaß an Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Kolleginnen und Kollegen. Daraus ergeben sich allgemeine Forderungen:

Einhalten von Vorschriften

Schon bei der Planung von Einsätzen muss das Einhalten von Vorschriften wie EG-Richtlinien und Arbeitszeitregelungen selbstverständlich sein:

- Lageangepasste Einplanung und Anforderung von Einsatzkräften. Dazu gehört natürlich, dass überhaupt Personal in ausreichender Stärke vorhanden ist!
- Vorsehen bzw. Schaffen von an den Einsatz angepassten echten Ruhezeiten. Ggf. sind gleichwertige Ausgleichsruhezeiten unmittelbar im Anschluss an die entsprechenden Arbeitsperioden vorzusehen, um einen größtmöglichen Gesundheitsschutz für die Kolleginnen und Kollegen zu gewährleisten.
- An- und Abfahrtszeiten sowie Verpflegungszeiten gelten bei überörtlichen Einsätzen als Arbeitszeit. In Auslegung von Urteilen des EuGH und des Arbeitszeitgesetzes gehören Bereitschaftsdienste ebenfalls zur Arbeitszeit – auch wenn sie mit Ruhepausen bzw. Ruhezeiten „gekoppelt“ werden. Diese Zeiten sind wie Arbeitszeiten zu vergüten (1:1).
- Für anfallende Mehrarbeit muss ein zeitnaher Freizeitausgleich – und wenn dies nicht möglich ist, die finanzielle Vergütung – gewährleistet werden.

Überarbeitung der polizeilichen Konzepte

Die polizeilichen Konzepte sind so zu überarbeiten, dass sie nicht nur den Interessen des „Gegenübers“, sondern auch denen der Polizei und Kolleginnen und Kollegen gerecht werden.

- Der Schutz der Einsatzfähigkeit der Polizei gehört zu den Schutzgütern der öffentlichen Sicherheit. Wenn Blockaden die Versorgung oder Ablösung von Polizeikräften über die Maßen behindern oder gar verhindern (können), sind rechtzeitig

Gegenmaßnahmen (Offenhalten bzw. Räumung von An- und Abfahrtswegen, Zugangsbeschränkungen zu gefährdeten Bereichen usw.) zu treffen, um die Einsatzfähigkeit aufrechtzuerhalten.

- Vereinbarte Standards für Unterbringung und Versorgung (Leitfaden 150) und eine menschenwürdige Behandlung der Kolleginnen und Kollegen sind zu gewährleisten. Dazu zählen auch Versorgung (Essen/Getränke) und Entsorgung (Toiletten) im Einsatzraum; hier gilt es, auf Lageverschärfungen vorbereitet zu sein.
- Der Einsatz in Großlagen ist zeitnah nachzubereiten. Daran sollten auch Personalräte und Gewerkschaftsvertreter beteiligt werden, um auch die Erfahrungen der vor Ort eingesetzten Beamten unter sozialen Gesichtspunkten nutzen zu können.

„Solidarität, Sympathie, Respekt und Dankbarkeit: Das alles hat die Polizei verdient.“ (Bundespräsident Christian Wulff in



Bepo: Unbequeme Einsatzlagen

seinem Grußwort zum GdP-Bundeskongress am 24. November 2010).

Der Unmut darüber, dass politische Entscheidungen vermeintlich nur noch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und zu Lasten der sozialen Grundlagen unseres Staates getroffen werden, wächst in weiten Teilen der Bevölkerung; er darf nicht noch dadurch verstärkt werden, dass auf die Polizei als „Konfliktlöser“ gesetzt wird. Oft genug wird diese dabei als erkennbarer Vertreter des Staates stellvertretend zur Zielscheibe und muss die Wut auf politische Entscheidungen unmittelbar ertragen.

Die Polizei braucht die Unterstützung der Politiker und Politikerinnen, wenn es um

- nachvollziehbare und konsensfähige Entscheidungen geht; SIE müssen die Überzeugungsarbeit für eine Akzeptanz ihrer Entscheidungen leisten!
- die zur Aufgabenerfüllung notwendigen Mittel für Personal und Ausstattung geht!
- den Schutz vor Übergriffen auf Polizeibeamte geht!

Mit freundlichen Grüßen

Michael Hellberg,
stv. Vors. FG Bereitschaftspolizei



Motivation und Perspektive sind der Motor für gute Arbeit

Bei der Personalversammlung am 9. 12. leckte der Einsatzdienst der Schutzpolizei nicht einfach nur seine Wunden, sondern es wurden Versäumnisse und Fehlentscheidungen gleich von allen Rednern deutlich herausgestellt. Die Gefühlslage der Beamten des ESD wurde insbesondere durch den Kollegen Birkhahn sehr klar beschrieben. Die Kollegen empfinden demnach so gut wie überhaupt keine Wertschätzung mehr.

Nicht nur, dass trotz gegenteiliger Versprechen die Personalzahl seit der Reform noch weiter gesunken wäre. Die Arbeitsbelastung ist durch Nichteinhaltung der ebenso versprochenen Prozessreinheit deutlich spürbar angestiegen. Gleichzeitig fand die Arbeitsleistung offenbar auch weniger Anerkennung wie zuvor. Der ESD soll nämlich künftig keinen Zugewinn an höher dotierten Stellen verzeichnen. Sogar eine Herabwürdigung musste hingenommen werden: Der stellvertretende DGL zählte von einem Tag zum anderen plötzlich nicht mehr zur unteren Führungsebene, sondern wurde zum Sachbearbeiter degradiert.

Diese sachunkundige und weltfremde Entscheidung ist ein deutlicher Widerspruch zur Anhebung von Stellenbewertungen in anderen Sachgebieten/Direktionen und wird als eine große Ungerechtigkeit empfunden.

Forderung nach besserer Bewertung

Es sah bei der Personalversammlung ganz so aus, als ob sich die Schutzleute (hier sind natürlich immer Kolleginnen und Kollegen gemeint) das nun nicht mehr gefallen lassen wollen. Vehement wurde die Bewertung begründet beklagt und eine gerechte Anpassung des Stellenkegels des ESD/Schutzpolizei an andere Direktionen gefordert.

Beim Thema Motivation behandelte ich einige beklagenswerte Vorkommnisse, z. B. die Auswahl der Q1-Bewerber und die Tatsache, dass am Schluss sowohl diejenigen, die den Test bestanden hatten, als auch die, die durchgefallen waren, Verlierer gewesen sind. Der Test erst hochgepriesen, plötzlich aber nichts mehr wert und die erfolgreichen Bewerber auch nicht.

Oder das innerbetriebliche Durcheinander, das sich daraus ergab, das der ESD im Modell Hannover strukturiert werden soll, obwohl das WEL-Prinzip sich als hocheffizient etabliert hat. Wieder eine (wenn auch

kleine) Reform, die Arbeitsabläufe komplizierter macht. Als ob es nicht schon genug Probleme mit der ineffizienten TI-Struktur gäbe. Für innerbetriebliche Regelungen muss immer mehr Zeit aufgewendet werden, die von der eigentlichen Polizeiarbeit abhält.

8-Minuten-Takt ohne Navis?

Oder das fragwürdige Arbeitsergebnis, dass Navis für den ESD als nicht notwendig erachtet werden. Wie kann es zu einer solchen Meinung kommen, wenn doch der 8-Minuten-Standard gewollt ist. Es kann doch niemand wirklich glauben, dass sich die Polizisten, die weder Fuß- noch Fahrradstreifen machen können, um ihr Revier gut kennenzulernen, sich in 25 Kilometer langen Inspektionen jemals ausreichend auskennen werden. Von den TI-Kräften, die nur selten auf der Straße Dienst machen und Aushilfskräften aus anderen Inspektionen mal ganz zu schweigen.

Warum gibt es nur so viele Kollegen, die im Dienst ihr privates Navi benutzen? Weil

es ein Mehr an Sicherheit für die Kollegen auf der Straße bedeutet! Die Entscheider in dieser Angelegenheit haben sicher noch nicht erlebt, wie es sich anfühlt, in brenzligen Situationen auf Unterstützungskräfte warten zu müssen, die nicht ortskundig sind.

Oder die geplante und geradezu popelige Erhöhung von DUZ, die genaugenommen ja nur eine Art Umverteilung werden soll und (wenn es nicht so traurig wäre) eine Lachnummer in Sachen Vergütung der Nacht- und Wochenendarbeit darstellt.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass es mittlerweile Schichtpläne gibt, die wissenschaftlich erwiesen erheblich moderater für die Gesundheit ausfallen und sich der Dienstherr in diesem Zusammenhang Gedanken über den enormen Krankenstand bei der Polizei Bremen machen könnte.

Motivation und Perspektive sind der Motor für gute Arbeit. Die Kraft der Selbstmotivation, die man durch einen sozialen und sinngebenden Beruf bekommt, ist bei den meisten Beamten im ESD fast aufgebraucht, weil sich die Rahmenbedingungen stetig verschlechtert haben. Sie fühlen sich nicht nur ungerecht behandelt und ausgenutzt, sie sind es auch.

Das Streben nach einem gerechten Status innerhalb der Polizei ist keinesfalls nur Selbstzweck. Es ist der Bürger, der auf motivierte Polizisten angewiesen ist.

Jörg Kleischmann, WEL/S90

GdP-MUSTERVERFAHREN

Streichung Sonderzuwendung seit 2006 – aktueller Verfahrensstand

2006 hatte die Bremische Bürgerschaft beschlossen, einem Teil der Beamten und allen Versorgungsempfängern das Weihnachtsgeld vollständig zu streichen. Betroffen von diesem Beschluss waren und sind bis heute folgende Gruppen:

- Anwärter
- Polizeikommissare, die noch keine drei Jahre Dienstbezüge erhalten haben
- Beamte der Besoldungsgruppen A 12 aufwärts
- Versorgungsempfänger

Im Januar 2007 wurden alle betroffenen GdP-Mitglieder von uns angeschrieben und ihnen geraten, Widerspruch einzulegen. Dieser Aufforderung kam ein sehr großer Teil der Kollegen nach. Absprachegemäß stellte die Performa Nord diese Widerspruchsverfahren ruhend, während die GdP Anfang 2007 für jede der betroffenen Gruppen eine Musterklage beim Verwaltungsgericht Bremen anhängig machte. Aufgrund der bekannt langen verwaltungsgerichtlichen Verfah-



JUNGE GRUPPE

Kennenlernfete 2010

Eine neue Location, ein neues Konzept, ein neuer Ausbildungsjahrgang, eine ausgelassene Party bis in die frühen Morgenstunden! Das war die KELEFE 2010!

Bis in die frühen Morgenstunden feierten die rund 450 Gäste gemeinsam mit dem neuen Ausbildungsjahrgang im alten Postamt am Hauptbahnhof in Bremen. In den Räumlichkeiten befand sich zuletzt die Ausstellung „Körperwelten“. Aus diesem Grund waren alle Wände noch schwarz abgehängt, dadurch war es möglich, mit einem besonderen Lichtkonzept eine tolle Atmosphäre zu schaffen!

Gemeinsam mit dem Orga-Team freut sich die JUNGE GRUPPE

(GdP) über das durchweg positive Feedback zu einer erfolgreichen und friedlichen Party!

Unsere Anerkennung gilt insbesondere dem engagierten Orga-Team des Ausbildungsjahrgangs 2009, denen keine Mühe zu groß war, um diese unvergessliche Willkommensparty für den



Ausgelassene Stimmung auf der KELEFE

neuen Ausbildungsjahrgang zu realisieren.

Natürlich steht die JUNGE GRUPPE auch im kommenden Jahr dem Ausbildungsjahrgang 2010 gern bei der Ausrichtung der KELEFE 2011 mit Rat und Tat zur Seite! Sprecht uns einfach an, wir freuen uns schon darauf!

*Tim Gelineck,
Landesjugendvorsitzender*



Typisierungsaktion an der HfÖV

Alle 45 Minuten erkrankt in Deutschland ein Mensch an Leukämie (Blutkrebs). Diese bösartige Erkrankung der weißen Blutkörperchen geht vom Knochenmark aus. Für viele Leukämiepatienten besteht die einzige Heilungschance in einer Stammzellenspende.

In Kooperation mit der Deutschen Knochenmarkspenderdatei (DKMS), der Polizei Bremen und der Hochschule für Öffentliche Verwaltung (HfÖV) organisierte die JUNGE GRUPPE am 10. 12. 2010 eine weihnachtliche Typisierungsaktion in

der Aula der HfÖV. Insbesondere dem neuen Ausbildungsjahrgang, der an den vergangenen Typisierungsaktionen noch nicht teilnehmen konnte, sollte so die einfache Möglichkeit zur Typisierung gegeben werden.



Gemeinsame Scheckübergabe: Polizeipräsident und Junge Gruppe

Während der Aktion konnte die JUNGE GRUPPE der DKMS auch einen **Spendscheck in Höhe von 1050 €** überreichen. Der Betrag kam bei einer Wohltätigkeits-tombola auf der GdP-Tanzparty für Bürger und Polizei im Weserhaus Bremen zusammen. Wir freuen uns, dass

*Fortsetzung auf
Seite 6*

MUSTERVERFAHREN

rens dauern war von vorneherein klar, dass die Verfahren nicht kurzfristig abgeschlossen sein würden.

Im Jahr 2009 hatten die jeweils zuständigen Kammern beim VG Bremen dann entschieden, die Verfahren auszusetzen bzw. ruhend zu stellen. Hintergrund dieser Entscheidung waren zwei beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) anhängige Verfahren zum Thema „angemessene Nettoalimentation von Beamten“. Das BVerfG wird nun zunächst in diesen Verfahren entscheiden, erst danach werden die beim VG Bremen anhängigen GdP-Musterverfahren wieder aufgegriffen werden.

Wann mit einer Entscheidung des BVerfG zu rechnen ist, ist offen. Daher müssen sich die Betroffenen weiter in Geduld üben!

RAin Dr. Claudia Albrecht-Sautter
– Gewerkschaftssekretärin –



Fortsetzung von Seite 5

unser Ziel von 200 Typisierungen erreicht wurde. Darunter waren nicht nur Kolleginnen und Kollegen aus den Ausbildungsjahrgängen der Polizei, sondern auch aus den übrigen Studiengängen an der HfÖV und aus der benachbarten Erwachsenenschule. Darüber hinaus haben auch Dozenten der Hochschule und Mitarbeiterinnen der Cafeteria die Chance genutzt, sich typisieren zu lassen. Vielen Dank dafür!

Aufgrund der guten Resonanz werden wir diese Kooperation aufrecht erhalten und die Aktion im kommenden Jahr wiederholen!

Mein Dank gilt dem Polizeipräsidenten **Holger Münch**, der die Aktion ursprünglich ins Rollen gebracht hatte und es sich trotz vollem Terminkalender nicht nehmen ließ, persönlich bei der Typisierungsaktion vorbeizuschauen!

Des Weiteren danke ich Frau **Iris Theisen** von der DKMS sowie der Rektorin der

HfÖV, **Frau Prof. Dr. Luise Greuel** und ihren Mitarbeitern für die Unterstützung.

Mein ganz besonderer Dank gilt aber **Eva Schmidt, Matthias Lenk, Ugur Saatci, Sebastian Erben, Torben Koch, Thomas Bartz, Malte Kurk, Dirk Rysavy, Georg Heinrich und Christian Haas** von der JUNGEN GRUPPE für die Umsetzung und Unterstützung am Aktionstag. Durch ihr Engagement war die Aktion erst möglich!

*Tim Gelineck,
Landesjugendvorsitzender*

FACHGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Fachgruppenseminar 2010

Aus fast allen Sachgebieten der Bereitschaftspolizei waren Teilnehmer zum Fachgruppenseminar in Tosens erschienen. Es sollte bei der Fülle der Themen nicht viel Zeit für die einzelnen Punkte geben.

Als erstes Thema stellte Michael Hellberg die Ist-Situation der Fachgruppe dar und wie wir in Zukunft noch besser aufgestellt sein könnten. Die daraus entstandene Diskussion verlief lebhaft, konstruktive Vorschläge wurden gemacht. Insbesondere ging es um die Erstellung eines Regelwerkes und einer neuen Geschäftsordnung.

Weitere Themen waren die Arbeit des FG-Vorstandes, die der Vertrauensleute, die Darstellung in dieser Zeitschrift und ein umfassender Austausch innerhalb unserer FG. An dieser Stelle wurde der Wunsch geäußert, dass noch mehr Transparenz aus der aktuellen Arbeit und den Erfolgen der Gewerkschaft und unserer Bremer Geschäftsstelle erfolgen soll.

Nach einer kurzen Mittagspause gingen wir den nächsten Bereich an: Die Kolleginnen und Kollegen sollten aus ihrem Tätigkeitsbereich Probleme und Lösungsmöglichkeiten vorstellen. Es tauchten dabei gleiche Themen in mehreren Bereichen auf.

Nicht befriedigend waren die Lösungen in vielen Problembereichen:

- die Verlängerung des Probelaufs für den aktuellen Dienstplan der Einsatzzüge BP 22/23
- die Veränderungen und die Verwendung der BP 25
- die Gewährung von verbindlichen dienstfreien Wochenenden, die allgemeine Wochenendbelastung
- Probleme bei der „Behandlung“ von Tarifbeschäftigten in RevierS

Kopfschütteln und Protest entstanden, als über zu erwartende unzumutbare Zustände hinsichtlich der Versorgung, Unterbringung und Verpflegung beim anstehenden Castor-Einsatz in Gorleben berichtet wurde. Darüber wollten wir am nächsten Tag mit dem BePo-Direktionsleiter sprechen.

Schon früh wurden am nächsten Morgen die unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche und die gemeinsamen Projekte von Gewerkschaften und Personalräten dargestellt. Das Zusammenspiel der Interessenvertretungen wurde deutlich gemacht, die Anwesenden erkannten, WER sich um welche Themen WIE kümmert.

Zum nachfolgenden Austausch erschien unser Direktionsleiter frühzeitig, sodass wir mit ihm die Problembereiche aus der Diskussion vom Vortag besprechen konnten.

LPD Michael Steines bedankte sich für die Einladung und für die Möglichkeit, die Lage aus seiner Sicht darstellen zu können. Dass er ausreichend Zeit für uns eingeplant hatte, nutzten wir aus. Ausgiebig wurden unsere Befindlichkeiten geschildert, zu allem bekamen wir eine Antwort. Begonnen haben wir mit einem Rückblick auf die Einsätze SV Werder Bremen gegen den Hamburger SV, bei dem neben Zuschauern auch Kollegen zu Schaden gekommen waren sowie den Großeinsatz anlässlich der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit.

Sehr kritisch ging es dann in eine Debatte um den Dienstplan der Einsatzzüge und die Verwendung der BP 25. Durch die Schilderungen von BePo-Leiter gewannen wir den Einblick in die Betrachtungsweise der Polizeiführung, sie war/ist nicht in allen Punkten mit unserer deckungsgleich! Die sozialen Aspekte einer Dienstplangestaltung, selbst wenn es sich um eine Einsatz-

einheit handelt, verdienen mehr Berücksichtigung.

Die verbindliche Zusicherung von dienstfreien Wochenenden wurde auch für die anderen Einheiten der Bereitschaftspolizei gefordert! Die Fortbildung mit den technischen Einsatzmitteln der BP 25 soll im künftigen Dienstplan festgeschrieben sein, um die Einsatzfähigkeit zu gewährleisten.

Die Verwendung in der Sonderlage (insbesondere von lebensälteren Kollegen), die teilweise verspätete Anforderung durch die ZES (Meldezeiten), verzögerte Ausschreibungen (stellvertretender Gruppenführer in den Einsatzzügen, Einweiser, Zugführer) und viele andere Themen standen noch auf der Tagesordnung.

Ganz besonderes Augenmerk verdiente die bevorstehende Versorgung beim Castor-Transport. Die geschilderten Umstände waren Michael Steines nicht bekannt. Ebenso wie wir empfand er sie als untragbar. Seinem Versprechen, sich darum zu kümmern, kam er nach: schon um 8.30 Uhr am nächsten Morgen teilte er uns mit, dass unsere Besorgnisse nicht zu unrecht bestanden. Er wollte sich um Verbesserung bemühen.

So blieb am letzten Tag noch Gelegenheit über das abschließende Thema zu sprechen: die Gewerkschaft und ich. Schnell entwickelte sich aus Wortmeldungen zur Situationsschilderung eine Diskussion mit Verbesserungsvorschlägen. Über Nachwuchswerbung, einen Aktionstag, Ehrenmitgliedschaften und Öffentlichkeitsarbeit debattierten wir bis zur Mittagspause. Sehr viele sprachen sich für eine bessere Öffentlichkeitsarbeit aus. Die Resultate hieraus werden der Geschäftsstelle/GLV natürlich zugestellt.

MW



FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI

Jahresendzeitstimmung 1.0

Zum Jahresende fand für die Vertrauensleute der Schutzpolizei eine Fachtagung im Postsportverein statt. Der Vorsitzende Holger Witt konnte über dreißig Teilnehmer sowie den Leiter der Schutzpolizei, Herrn Dirk Fasse begrüßen, ebenso vom GdP-Landesvorstand die Kollegen Horst Göbel und Heinfried Keitbahn.

Diese gaben einen kurzen Rückblick auf den Bundeskongress in Berlin. Während Heinfried die Zulagenproblematik erläuterte, gab Horst Informationen zur Einheitsfeier in Bremen, den Einstellungszahlen für 2011 und der Mitgliederentwicklung.

Wir wollten nun ein Stimmungsbild einfangen, da im Vorfeld bereits viele Probleme aufgegriffen, aber endgültige Lösungen immer noch nicht erreicht worden sind. Beispielhaft hierfür wurden genannt:

- 445 im ESD
- Problem Langzeiterkrankungen und Schwangerschaften
- Gewalt gegen Polizeibeamte, KFN-Studie und die Auswirkungen für den Einsatzdienst.

Aber auch die Fragen zum WEL/AvD-Modell und das angedachte Personalentwicklungskonzept berühren die Kollegen/-innen. Sofort ergab sich eine lebhaft Diskussion mit beeindruckenden Beispielen aus dem täglichen Dienstbetrieb. Wenn auch die jetzige Situation vielleicht nicht die Beste ist, und sich die Kollegen/-innen gerne an alte Zeiten erinnern, so wurde schnell deutlich, dass es heute neben den Organisationsmängeln an einfachsten Grundvoraussetzungen fehlt: Anerkennung der jeweiligen Arbeit, Wertschätzung und Respekt.

Beispielhaft ist hier die Motivationshilfe in Form einer Powerpoint-Präsentation zur Auslagerung der Zentrabakten zu sehen. Die Diffamierung der Kollegen/-innen führte zu einer Unterschriftenaktion, diese nun ablehnende Unterschriftenliste wurde dem Leiter -S- Dirk Fasse übergeben.

Herr Fasse griff die Themen auf und konnte vielfach die besonderen, sich gegenseitig beeinflussenden Faktoren darstellen, z. B. in der Teilintegration. Auch die Überalterung gerade im Einsatzdienst wurde anschaulich erläutert, hier

gibt es bereits konkrete Projektaufträge. Dennoch musste auch Herr Fasse eingestehen, dass die Belastung der Kollegen/-innen schon grenzwertig ist und in einigen Bereichen sogar bereits überschritten wurde: Dort stehen die Ampeln auf Rot!

Hier konnte Kollege Daniel Dionisio dann seine Beobachtungen aus dem Bereich einiger Dienstgruppen beschreiben, wo offenbar die Mehrdienststunden und Urlaubstage nicht immer abgebaut werden können. Weiter führte die Reduzierung der Kollegen/-innen an einigen Standorten und die tatsächlich höher als berechnet ausfallende Krankheitsquote zu noch weniger Möglichkeiten, die dringend erforderlichen Erholungsphasen gerade im Schichtdienst zu gewähren.

Leiter -S- versicherte die Überprüfung der Kernaussagen, verbindliche Angaben zu den Stärkeberechnungen oder Standards konnte er natürlich noch nicht nennen.



Volles Haus bei den Vertrauensleuten der Schutzpolizei.

Aber auch wir wollen gut vorbereitet sein und möchten eure Meinung zur Situation in der Schutzpolizei erfahren. Dazu hatte Kollege Nils Winter einen Fragebogen entwickelt, der vorab auf der Vertrauensleutetagung ausgegeben und beantwortet worden war. Jetzt konnten Bedenken und Nachfragen erläutert und aufgenommen werden, und mit der endgültigen Fassung wollen wir euch noch vor den Sommerferien konfrontieren.

Zum Abschluss gab es noch Erläuterungen zum GdP-Phone, schaut mal die Übersicht in der Januar-Ausgabe an sowie einige Terminhinweise, insbesondere zum Seminar in Tossens.

Holger Witt, Fachgruppenvorsitzender

FACHGRUPPE SENIOREN BREMEN UND BREMERHAVEN

Termine Februar

Bremen

Donnerstag, 10. Februar 2011, 15.30 Uhr, Grollander Krug, an diesem Termin wird unser Kollege und CDU-Bürgerschaftsmitglied, Kollege Wilhelm Hinners, teilnehmen.

Bremerhaven:

Dienstag, 8. Februar 2011, 16.00 Uhr, Vereinsheim der Kleingärtner, Reuterhamm.

Freitag, 11. Februar 2011, Start 11.45 Uhr, Kohlwanderung/Kohltour. Anmeldungen erbeten Telefon 04 71/8 76 54.

Wo.Ka.

Terminänderung

Leider muss der Termin über das Referat „Vorbeugender Einbruchschutz, Einzeltrick etc.“ von dem Kollegen Olaf Theuring um einen Monat, auf **Dienstag, den 8. März 2011, 16.00 Uhr**, verschoben werden. Ort des Referates ist, wie immer, unser Sitzungsraum im Vereinsheim der Kleingärtner Am Reuterhamm.

Erinnert sei noch mal an unsere **Kohltour am Freitag, den 11. Februar 2011**, Start um 11.30 Uhr beim Loschen Leuchtturm. Hier bitte ich um rechtzeitige, verbindliche Anmeldung entweder auf der Teilnehmerliste bei den vorherigen Sitzungen oder telefonisch bei mir unter 04 71/8 76 54. Gäste sind willkommen.

Wolfgang Stanger



GdP-Kart-Cup 2011 in der Überseestadt

Jetzt könnt ihr auf Bremens größter Indoor-Kartbahn über zwei Etagen zeigen, was für ein Rennfahrer in euch steckt und in hochmodernen und professionellen Racing-Karts die Reifen quietschen lassen.

Am **19. 3. 2011 ab 10.00 Uhr** veranstaltet die JUNGE GRUPPE der GdP den ersten großen Bremer GdP-Kart-Cup. In anderen Bundesländern längst ein jährliches Event, wird der GdP-Kart-Cup nun auch das erste Mal in unserer Hansestadt ausgerichtet.

Pro Team können jeweils sechs Fahrer/-innen starten. Nach einem einstündigen Warm-up wird eine zehnmünütige Qualifikation gefahren, welche die Startplätze der Teams festlegt. Hiernach beginnt das dreistündige Rennen um den großen Bremer-Kart-Cup! Es erwartet euch ein adrenalingeladenes Rennen mit selbstständigen Fahrerwechseln in der Boxengasse, spannenden Überholmanövern und nervenaufreibenden Haarnadelkurven.

Das Team, das am Ende den Gesamtsieg einfährt, darf sich als erstes Siegerteam auf dem großen GdP-Kart-Cup-Wanderpokal verewigen und fährt mit den jeweiligen Landessiegern der übrigen Bundesländer nach Hessen, um die Deutsche Meisterschaft des GdP-Kart-Cups nach Bremen zu holen!

Da wir nur begrenzte Startplätze haben, bitten wir euch um eine recht-

zeitige Anmeldung. Die Anmeldungen werden in der GdP-Geschäftsstelle sowie über die E-Mail-Adresse junge-gruppe@gdp-hb.de angenommen und der Reihe nach abgearbeitet.

Die Veranstaltung kostet pro Fahrer/-in 28 €. Ihr könnt natürlich auch mit weniger Fahrern (min. drei Fahrer/-innen) antreten, die Kosten werden dann jedoch auf die Gruppe hochgerechnet. Sobald ihr euch angemeldet habt, erhaltet ihr weitere Informationen zum Turnierablauf sowie zur Vervollständigung eurer Anmeldung. Bei dem GdP-Kart-Cup gibt es keine Altersbeschränkung und es ist auch nicht notwendig, dass alle Teammitglieder GdP-Mitglieder sind. Nur der/die Mannschaftsführer/-in muss GdP-Mitglied sein.

Wir freuen uns schon gemeinsam mit euch das schnellste Team, die schnellste Fahrerin und den schnellsten Fahrer küren zu können. Wir werden

euch über Neuigkeiten auf dem Laufenden halten.

Christian Modder, Junge Gruppe



STERBEFÄLLE

Wir trauern um unsere Kolleginnen und Kollegen

Es starben:

- Maria Merkel**, geb. 20. 6. 1922, verstorben am 14. 6. 2010
- Lilian Janssen**, geb. 22. 4. 1929, verstorben am 18. 6. 2010
- Liselotte Kleinert**, geb. 2. 5. 1920, verstorben am 11. 8. 2010
- Louise Gerdes**, geb. 18. 6. 1923, verstorben am 11. 5. 2010
- Karl-Heinz Walsemann**, geb. 13. 9. 1935, verstorben am 21. 6. 2010
- Doris Prager**, geb. 20. 1. 1958, verstorben am 9. 8. 2010
- Hermann Lührs**, geb. 20. 10. 1924, verstorben am 6. 9. 2010
- Helmut Grupe**, geb. 18. 6. 1935, verstorben am 31. 7. 2010
- Karl Heinz Czyborra**, geb. 26. 11. 1938, verstorben am 20. 10. 2010
- Peter Debner**, geb. am 23. 4. 1946, verstorben am 8. 11. 2010
- Jens-Roger Helliger**, geb. am 29. 7. 1956, verstorben am 26. 12. 2010

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

